

Abstimmung vom 2.12.2001

Keine Chance für den zivilen Friedensdienst

**Abgelehnt: Volksinitiative «Solidarität schafft
Sicherheit: Für einen freiwilligen zivilen Friedens-
dienst (ZFD)»**

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Keine Chance für den zivilen Friedensdienst. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 610–611.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Gleichzeitig mit der Volksinitiative «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» (vgl. Vorlage 482) reicht die GSoA das Begehren «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst (ZFD)» ein. Während erstere die totale Abschaffung der militärischen Landesverteidigung fordert, zeigt die zweite Initiative einen möglichen konkreten Ansatz zur Umsetzung einer neuartigen Sicherheitspolitik auf. Im Kern will die ZFD-Initiative als Ersatz für den Militärdienst einen freiwilligen zivilen Friedensdienst einführen, welcher im In- und Ausland zur Verminderung von Gewaltverhältnissen beitragen und auf Anfrage von NGOs, staatlichen Institutionen und internationalen Organisationen unbewaffnete Friedenseinsätze organisieren soll (BBl 2000 4880). Der Dienst soll angemessen entschädigt werden und die Grundausbildung für alle in der Schweiz wohnhaften Personen kostenlos sein (BBl 2000 4880).

Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament die ZFD-Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung mit der Begründung, damit würde lediglich eine weitere wenig effiziente und teure Organisation geschaffen. Er weist zudem darauf hin, dass die zivile Friedensförderung des Bundes bereits stark ausgebaut und die Zusammenarbeit verstärkt worden sei. Beide Kammern lehnen die Vorlage klar ab – gegen den Willen der Grünen und einer Minderheit der SP. Von der bürgerlichen Mehrheit wird vor allem die der Initiative zugrunde liegende pazifistische Grundhaltung kritisiert, welche durch die Verbindung mit der Initiative für eine Schweiz ohne Armee (vgl. Vorlage 482) nur all zu deutlich zutage trete.

GEGENSTAND

Die Initiative fordert die Schaffung eines zivilen Friedensdienstes als Instrument einer aktiven Friedenspolitik. Dieser soll im In- und Ausland dazu beitragen, Gewaltverhältnisse abzubauen sowie deren Neuentstehung zu verhindern. Die Mitarbeit im zivilen Friedensdienst soll freiwillig sein und angemessen entschädigt werden.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Das Volksbegehren für einen zivilen Friedensdienst steht ganz im Schatten seiner Schwesterinitiative zur Abschaffung der Armee (vgl. Vorlage 482) und löst in der Bevölkerung kaum Emotionen aus. Immerhin erhält die ZFD-Initiative von politischer Seite etwas mehr Unterstützung als die Armeeabschaffungsvorlage: Neben den Grünen und der PdA beschliessen diesmal auch SP und CSP sowie der SGB die Japarole. Gemäss den Befürwortern würde ein ziviler Friedensdienst endlich die bestehende Lücke zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Katastrophenhilfe und Diplomatie schliessen und die schweizerische Tradition des zivilen Engagements für Frieden und Humanität fortsetzen. Auch Deutschland und Österreich hätten im Übrigen bereits ähnliche Dienste.

Auf der gegnerischen Seite kämpfen sämtliche bürgerlichen bis rechtskonservativen Parteien zusammen mit dem Bundesrat gegen die Vorlage. Dieser bezeichnet die Forderungen des Initiativkomitees im Abstim-

mungsbüchlein als «untauglich und überholt» und verweist auf die bereits bestehenden Instrumente der Friedensförderung. Eine zusätzliche Organisation in diesem Bereich würde lediglich zu Problemen hinsichtlich Wirksamkeit und Kohärenz der schweizerischen Bemühungen führen.

ERGEBNIS

Am 2. Dezember 2001 werden bei einer mässigen Beteiligung von 37,9% beide Volksinitiativen von Volk und Ständen verworfen. Die Initiative zum Friedensdienst erhält dabei mit einem Jastimmenanteil von 23,2% etwas mehr Zustimmung als die Vorlage zur Abschaffung der Armee (vgl. Vorlage 482). Am massivsten ist die Ablehnung im Kanton Appenzell Innerrhoden, wo das Begehren mit 89,6% Neinstimmen verworfen wird. Den höchsten Jastimmenanteil erreicht die Initiative mit 40,9% im Jura, wo pazifistischen Anliegen traditionell eine gewisse Sympathie entgegengebracht wird (für die detaillierte Auswertung der Abstimmungsergebnisse vgl. Vorlage 482).

QUELLEN

BBI 2000 4879; BBI 2001 2868. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1999 bis 2001: Sicherheitspolitik – Armee – Dienstverweigerung – Zivildienst. Vox Nr. 75. Bühlmann et al. 2006: 87–89.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.